

Winterthur, 9. April 2024

Offener Brief an alle National- und Ständeräte: Geplante WHO-Verträge stoppen!

Sehr geehrte Damen und Herren

Die WHO verhandelt aktuell mit ihren Mitgliedstaaten zwei Verträge: den neuen Pandemievertrag und die Änderungen der Internationalen Gesundheitsvorschriften. Beide Verträge sollen bereits an der Weltgesundheitsversammlung Ende Mai 2024 verabschiedet werden und haben für die Schweiz und den einzelnen Bürger schwerwiegende Folgen:

- 1.) Die Einflussmöglichkeit der WHO auf die Staaten wird massiv ausgedehnt, indem WHO-Empfehlungen neu verbindlich werden sollen. Die Mitgliedstaaten, d.h. auch die Schweiz, werden verpflichtet, sämtliche Massnahmen und Empfehlungen der WHO unverzüglich umzusetzen.
- 2.) Die Gründe zur Ausrufung einer Pandemie bzw. eines internationalen Gesundheitsnotstands durch den WHO-Generaldirektor sollen mittels neuer Grundkonzepte („One Health“) massiv erweitert werden, ohne dass die betroffenen Staaten (mit)entscheiden dürfen.
- 3.) Es fehlen zudem Überprüfungsmechanismen, die es den Staaten erlauben, während einer von der WHO deklarierten Pandemie angeordnete Massnahmen auf ihre Rechtmässigkeit zu überprüfen. Somit bestehen keine Gewaltenteilung, keine „Checks & Balances“ und keine Korrekturmöglichkeit. Dies verunmöglicht einen wirksamen Schutz der Schweizer Grundrechte und Verfassung.
- 4.) Der vorgesehene Macht- und Kompetenzausbau zu Gunsten des WHO-Generaldirektors ist gravierend, da dieser weder einer unabhängigen Kontrollinstanz noch einer Rechenschaftspflicht untersteht.
- 5.) Die WHO verlangt einen Führungsanspruch bei allen Gesundheitsmassnahmen (wie Lockdown, Impfungen, etc.), sobald es sich – nach Sicht der WHO – um einen internationalen Gesundheitsnotstand bzw. eine Pandemie handelt. Auch die Einführung eines globalen, digitalen Impfbzertifikats droht. So wird es der Schweiz verunmöglicht, selbstständig eigene Lösungen umzusetzen.
- 6.) Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, sogenannte „falsche“ und „irreführende“ Informationen bei Gesundheitsrisiken zu bekämpfen. Somit liegt der Entscheid letztlich bei der WHO, was als richtig oder falsch deklariert wird – ein eklatanter Verstoss gegen die Meinungs- und Wissenschaftsfreiheit und die (gesundheitlichen) Informationsrechte.

Trotz dieser gravierenden Auswirkungen der WHO-Verträge auf Souveränität, Demokratie und Rechtsstaat liegt bis heute keine Verlautbarung des Bundesrats vor, die sich mit diesem geplanten Einfluss- und Kompetenzausbau der WHO und den Gefahren für die Schweiz und ihre Bevölkerung kritisch auseinandersetzt. Eine solche Machtkonzentration – insbesondere ohne Kontrollmöglichkeit – widerspricht einer freiheitlich-demokratischen und rechtsstaatlichen Grundordnung. Faktisch hebeln die Verträge die Schweizer Verfassung aus, deren 175-Jahr-Jubliäum wir 2023 gefeiert haben, und gefährden alles, wofür die Schweiz steht – Souveränität, Freiheit und Menschenrechte. Daher sind sie für die Schweiz unannehmbar.

Erschwerend kommt hinzu, dass grundlegende Rechtsfragen wie die möglichen Folgen dieser WHO-Verträge auf die Schweizer Rechtsordnung bis zum heutigen Zeitpunkt keiner genaueren Prüfung unterzogen wurden. Auch fehlen bis heute klare Aussagen des Bundesrats, welche Strategie und Ziele er bei diesen WHO-Verhandlungen verfolgt. Dies schafft kein Vertrauen, weder beim Parlament noch bei der Bevölkerung.

Wir ersuchen Sie deshalb dringend, in Ihrer Verantwortung als gewählte Volks- bzw. Kantonsvertreter, sich in diesen Verhandlungen für mehr Information und Transparenz durch den Bundesrat gegenüber Parlament und Bevölkerung einzusetzen und darauf hinzuwirken, dass diese WHO-Verträge umgehend gestoppt werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Engagement für die Souveränität, Demokratie und Verfassung der Schweiz.

Freundliche Grüsse

Beatrice Gall
Geschäftsführerin Stiftung Zukunft CH

Ralph Studer
Bereichsleiter Werte & Gesellschaft, Jurist

Zukunft CH ist eine gemeinnützige Stiftung, die sich für die Respektierung der Menschenrechte (AEMR 1948) und die freiheitlich-demokratische Rechtsordnung der Schweiz einsetzt und zukunftsstragende Werte vermitteln will.